

## Nationalrat will einen dezentralen Innovationspark

*Mehrheit betont das Gleichgewicht der Regionen*

**Der in der Schweiz geplante nationale Innovationspark soll von Beginn weg an mehreren Standorten aufgebaut werden. Der Nationalrat hat die Differenz zum Ständerat aufrechterhalten. Er beharrt auf seiner Formulierung zur Standortfestsetzung.**

(sda) · Mit 95 zu 77 Stimmen folgte die grosse Kammer einer gewichtigen Minderheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Die Mehrheit der WBK hätte die Differenz ausräumen und dem Ständerat folgen wollen. Christine Bulliard-Marbach (cvp., Freiburg) plädierte als Sprecherin der Minderheit für mehrere Standorte in verschiedenen Regionen: «Ziel ist, von Anfang an das Gleichgewicht unter den Regionen zu bewahren.» Mehrere Regionen der Schweiz zählten laut internationalen Rankings zu den innovativsten.

Unterstützung erhielt die Minderheit von CVP, EVP, SP und den Grünen. Für die Mehrheit waren SVP, FDP und BDP. Es gehe doch darum, Schweizer Innovationen auf internationalem Niveau sichtbar zu machen, sagte Fathi Derder (fdp., Waadt). Dafür dürfe nun nicht das Rad neu erfunden werden.

«Sie führen eine Diskussion über den Sinn von Wörtern», stellte Bundesrat Alain Berset fest. Sowohl die ursprüngliche Version des National- als auch jene des Ständerates erlaubten es, einen auf mehrere Regionen verteilten Park zu gründen. Und mit beiden Versionen könne der Park mit den Hochschulen zusammenarbeiten.

Gegen die Schaffung des Parks überhaupt ist die SVP, wie ihr Vertreter Christoph Mörgeli ausführte. Seine Fraktion wolle deshalb die gesamte Vorlage ablehnen. Im nationalen Innovationspark sollen Hochschulen und Privatwirtschaft gemeinsam forschen. Die Räte hatten einen solchen Park mit einer Motion gefordert.

Das totalrevidierte Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG) ist nicht nur rechtliche Basis für den nationalen Innovationspark, sondern es soll auch Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes in der Forschungsförderung klären. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat.